

Inserate werden angenommen... a. Hofen bei der Expedition... Verantwortlicher Redakteur: G. Wagner in Hofen.

Posener Zeitung Hundertundzweiter Jahrgang.

Inserate werden angenommen... in den Städten der Provinz Posen... W. Braun in Posen.

Nr. 874

Die 'Posener Zeitung' erscheint täglich drei Mal... an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal.

Sonnabend, 14. Dezember.

Inserate, die schlagspaltene Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an benutzter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1895

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 13. Dezember, 1 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.

Staatssekretär v. Boetticher: Der vorliegende Gesetzesentwurf ist im Wesentlichen aus der Initiative des Reichstages hervorgegangen. Als wir den ersten Entwurf veröffentlichten, sind von uns zahlreichen Korporationen, großen wirtschaftlichen und Fachvereinen und auch einzelnen Sachverständigen zahlreiche Meinungsäußerungen zugegangen. Auf Grund dieser Eingänge haben wir den Entwurf einer nochmaligen Ausarbeitung unterzogen.

Abg. Baffermann (nl.): Wenn auch heute im allgemeinen in unserem Kaufmannstand durchaus nicht Treu und Glauben verschunden sind, so giebt es doch Auswüchse, die wir zu bekämpfen haben. Die Erfahrungen in anderen Staaten, insbesondere Frankreich, England u. s. w. beweisen, daß wir uns von dem vorliegenden Entwurf gute Erfolge versprechen können und seine Nachbelle für den Verkehr entstehen werden.

vorsteht, ist er für uns unannehmbar. (Beifall bei den National-Liberalen.)

Abg. Noeren (Ctr.): Ich hoffe, daß dieses Gesetz bald zur Verabschiedung gelangt. Denn noch niemals hat man im Volke so allgemein sich nach einem Gesetze gesehnt, wie nach dem vorliegenden. Durch schwindelhafte Manipulationen, die bisher nicht bekämpft werden konnten, ist vielfach Treu und Glauben im Handel und Gewerbe geschwunden.

Abg. v. Szarlinski (Pol): Auch in den polnischen Landesteilen ist das Verlangen nach Schutz gegen unlauteren Wettbewerb hervorgerufen worden. Die Frage, ob nur der zivilrechtliche oder strafrechtliche Weg des Vorgehens gegen unlauteren Wettbewerb zugelassen werden solle, ist in dem Entwurf zureichend dahin entschieden, daß beide Wege offen gelassen sind.

Abg. Singer (Soz.): Wir glauben nicht, daß die Hoffnungen, die die Freunde dieses Gesetzes auf den Entwurf setzen, in Erfüllung gehen. In unserer heutigen Geschäftsordnung steht jeder Geschäftsmann in seinem Konkurrenten einen Feind und schimpft auf ihn, er muß geradezu einen natürlichen Gegner in seinem Konkurrenten sehen, wenn er nicht unter die Füße kommen will.

Staatssekretär v. Boetticher: Der Vorredner benutzt auch diese Gelegenheit, um nach außen hin Anzusiedelheit zu erregen. (Sehr richtig! rechts.) Den Sozialdemokraten, die immer von der Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen reden, wird hier gerade ein Gesetz geboten zum Schutze dieser Leute. Sie haben doch auch Anhänger in den Kreisen der kleinen Geschäftsleute.

dem Entwurf gegeben, es ist eine Reihe von Fällen aufgestellt, die unter den Begriff des unlauteren Wettbewerbs fallen, und wenn der Vordrucker meint, die Praxis werde Mittel und Wege finden, um die Vorschriften des Gesetzes zu umgehen, so können wir doch das Gesetz jederzeit verbessern. (Sehr richtig!)

Abg. Schmidt-Eberfeld (Freil. Volksp.): Gegen die Bestimmungen, die sich gegen die Entfälschung von Konkurrenten durch übliche Nachreden und durch Benützung falscher Namen wenden, habe ich nichts einzusetzen. Hingegen muß ich mich entschieden gegen § 5 der Vorlage wenden, da man dem Bundesrat nicht allein überlassen kann, zu bestimmen, daß Waaren nur in bestimmten Mengeneinheiten verkauft oder fess gehalten werden dürfen.

Geb. Rath Gans weist darauf hin, daß das Oberlandesgericht zu Frankfurt a. M. die Strafverfolgung in dem vom Vorredner erwähnten Falle abgelehnt hat, weil einmal der betr. Wainhändler nicht das Bewußtsein einer rechtswidrigen Absicht gehabt hat, und sodann, weil der Thatbestand nicht unter die Strafbestimmungen des Waarenzeichengesetzes fällt. Indessen ist mit dieser Entscheidung des Oberlandesgerichts die Angelegenheit schwerlich abgethan, die Frage wird sicher noch bei anderen Gelegenheiten zum Gegenstand weiterer gerichtlicher Erwägungen gemacht werden, und es ist abzuwarten, wie in künftigen Fällen die Entscheidung ausfallen wird.

Abg. Frhr. v. Langen (Lsk.): Ich glaube auch nicht, daß dieses Gesetz alle Schäden des unlauteren Wettbewerbs beseitigen wird, aber es wird doch einen gewaltigen Schritt nach vorwärts bedeuten. Ich kann jedoch nicht dem bestimmen, was in den Motiven des Gesetzes ausgeführt wird, daß unser Kaufmannstand auf einer so hohen sittlichen und moralischen Stufe steht.





